

Beiträge zum Rahmenthema
»Wandel des Politischen:
Die Bundesrepublik Deutschland
während der 1980er Jahre«

Dietmar Süß/Meik Woyke

Schimanskis Jahrzehnt?

Die 1980er Jahre in historischer Perspektive

Wenn selbst jüngere Historikerinnen und Historiker beginnen, sich als Zeitzeugen zu fühlen und nostalgisch über ihre Panini-Fußballalben, NATO-Taschen, Zauberwürfel-Rekorde oder den besten Schimanski-Tatort berichten, wird deutlich: Hier qualmt die Geschichte noch.¹ Der neue Band des Archivs für Sozialgeschichte stellt die unmittelbare Vorgeschichte unserer Gegenwart in den Mittelpunkt und nimmt mit seinem Rahmenthema »Wandel des Politischen: Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre« eine Debatte auf, die in den letzten Jahren vor allem unter dem Schlagwort »nach dem Boom« an Fahrt gewonnen hat.

Dabei konkurrieren Historiker mit meinungsstarken Journalisten und Sozialwissenschaftlern², die mit ihrem Begriffsarsenal bereits eine Fülle an Deutungsangeboten bereitstellen.³ Vom Übergang in die post- oder nachindustrielle Gesellschaft (Daniell Bell) war zeitgenössisch die Rede, von der »Krise der Arbeitsgesellschaft«, dem Wandel der Lebensstile und Werte, der Neuen Unübersichtlichkeit (Jürgen Habermas), dem Ende des fordistischen Zeitalters oder dem Beginn der »Risikogesellschaft« (Ulrich Beck). Wer auf die Kleidung und Haarmoden des Historiker-Nachwuchses blickte, mag womöglich selbst der Diagnose vom »Jahrzehnt des schlechten Geschmacks« etwas abgewinnen.

Doch für eine zeithistorische Verortung taugen solche Begriffe nur bedingt, sind sie doch Teil gesellschaftlicher Selbstbeschreibung, und in ihrer verführerischen Plausibilität lauern mindestens so viele Gefahren wie Chancen. Im Kern geht es um einfache, aber sehr grundlegende Fragen: Wie hatte sich die Bundesrepublik, wie hatte sich Westeuropa nach beinahe 30-jährigem Wirtschaftswachstum gewandelt? Wie veränderten sich die Gewichte zwischen Staat, Kapital und Arbeit? Welche neuen Unsicherheiten entstanden und welche alten kehrten womöglich zurück? Was blieb vom Modell eines »organisierten Kapitalismus« rheinischer Prägung? Wie veränderten sich Vorstellungen von Sicherheit und Angst, Individualität beziehungsweise Subjektivität und Objektivität? Für was lohnte es sich, auf die Straße zu gehen und zu protestieren? Und was bedeutete es, dass am Sonntagabend die Tatort-Kommissare Schimanski und Tanner im zumeist grau gezeichneten Duisburg einen Mord im Milieu verzweifelter Stahlarbeiter aufzuklären versuchten und dabei hart mit heuchlerischen Gewerkschafts- und Unternehmensbossen ins Gericht gingen?

Lassen sich beispielsweise in den Auseinandersetzungen um Aufrüstung, um die Kernenergie oder um die neue Krankheit »Aids« langfristige Liberalisierungs- und Individua-

1 Erinnerungen und den Zeitkolorit transportieren folgende, an ein breiteres Publikum gerichtete Chronik- und Bildbände: *Edgar Wolfrum*, Die 80er Jahre. Globalisierung und Postmoderne, Darmstadt 2007; *Manfred Leier* (Hrsg.), Das waren die 80er Jahre. Eine Chronik in Bildern, 2. Aufl., Hamburg 1990 (zuerst 1989); *Frauke Langguth/Jan Weyrauch* (Hrsg.), Irgendwie, irgendwo, irgendwann. Die 80er, Berlin 1999; *Anko Ankwitsch* (Hrsg.), Es geht voran. Ein Album der 80er Jahre zusammengetragen von Surfern im Internet, Wien/Köln etc. 2002; *Susanne Pauser/Wolfgang Ritschl/Harald Havas* u. a. (Hrsg.), Neon, Pacman und die Yuppies. Ein Bilderbuch der achtziger Jahre, Wien/Köln etc. 2001.

2 *Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel*, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: VfZ 59, 2011, S. 1–30.

3 Zu den Debatten vgl. beispielsweise das Forum »The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?«, in: *Journal of Modern European History* 9, 2011, S. 8–26.

lisierungsschübe beobachten? Welche Rolle spielte die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands noch, gerade angesichts eines für die 1980er Jahre charakteristischen geschichtspolitischen Aktivismus? Kurzum: Woher wehte der ›Zeitgeist‹ in der ›alten‹ Bundesrepublik, die sich zwar als Provisorium ansah, jedoch eben keine Insel und damit eingebettet war in unterschiedliche sozial-strukturelle und transnationale Entwicklungsprozesse?

Historiker haben sich bisher schwer damit getan, eigenständige Begriffe und Kategorien zu entwickeln, um diesen Wandlungsprozess zu beschreiben, und sich bisher primär an den politischen Zäsuren entlang gehandelt: vom Ende der Reformzeit der Ära Brandt 1972/74 hin zum »Krisenmanager« Helmut Schmidt bis zum Beginn der »Ära Kohl« und der »geistig-moralischen Wende« 1982/83.⁴

Intensiv debattiert wird mittlerweile vor allem über den Begriff des »Strukturbruchs«, den Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael eingeführt haben, um die Zeitgeschichte seit Mitte der 1970er Jahre zu vermessen. Sie gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland wie auch ihre westlichen Nachbarn seit dem Ölpreisschock und dem Ende des Wachstumsbooms in der Mitte des Jahrzehnts einen sozialen Wandel von »revolutionärer Qualität« in allen gesellschaftlichen Bereichen erlebt hat – mit Folgen bis in die unmittelbare Gegenwart. Als die 30-jährige Hochkonjunktur einbrach, bedeutete dies auch das Ende eines industriellen Ordnungsmodells.⁵

Ganze Industriebranchen brachen ein, Bergbau-, Stahl- und Textilindustrie kamen immer härter in die Krise, Massenarbeitslosigkeit war nicht mehr nur ein Gespenst von gestern, sondern die neue Realität. Auf einmal war in Deutschland vom »Ende der Arbeit« die Rede. Begleitet wurde diese tiefe Erschütterung des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems vom Auftreten neuer Akteure, allen voran von neuen Konkurrenten aus Asien, den »Tigerstaaten«, die auf den Markt drängten. Gleichzeitig begann in der angelsächsischen Welt unter Margaret Thatcher⁶ und Ronald Reagan⁷ der Siegeszug des Neoliberalismus, der versprach, die maroden Ökonomien der Welt und die vorgeblich überregulierten Wohlfahrtsstaaten von Grund auf umzukrempeln. In Westeuropa und den USA gerieten die Gewerkschaften im Laufe der 1980er Jahre in die Dauerdefensive; sie galten immer mehr als Fossile einer untergehenden Welt der Industriegesellschaft, als Repräsentanten einer ›alten‹ sozialen Bewegung, deren soziales Fundament durch die globalen ökonomischen Veränderungen unterspült worden war, sodass sie sich in der ›neuen‹ Welt der globalen Ökonomie nur schwerlich zurechtfinden – und das auch deshalb, weil die Gewerkschaften als Repräsentanten der Facharbeiter-Eliten nicht recht wussten, wie sie mit der akut werdenden Konkurrenz zwischen den relativ geschützten Arbeitsbedingungen in den Metropolen und den hungrigen Arbeitern in der ›Zweiten‹ und ›Dritten Welt‹ um-

4 Werner Süß (Hrsg.), Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik, Opladen 1991; Göttrik Wewer (Hrsg.), Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998, Opladen 1998; Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Köln/Weimar etc. 2010, sowie Hans-Otto Kleinmann, Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster und Zweiter Teil (A+B), in: Historisch-Politische Mitteilungen 14, 2007, S. 353–410; 15, 2008, S. 471–521; 17, 2010, S. 293–368.

5 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, sowie Thomas Rathel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.

6 Dominik Geppert, Der Thatcher-Konsens. Der Einsturz der britischen Nachkriegsordnung in den 1970er und 1980er Jahren, in: Journal of Modern European History 9, 2011, S. 170–194.

7 Tim Schanetzky, Abschied vom Progressivismus? Privatisierung in Ronald Reagans Amerika, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hrsg.), Idee und Praxis der Privatisierung. Eine Einführung, Göttingen 2012, S. 34–50.

zugehen hatten. Solidarität tat weh und kostete angesichts der neuen Standortdebatten zwischen Detroit, Rüsselsheim, São Paulo und Bombay. Damit standen die Gewerkschaften nach Jahrzehnten der Expansion mitten in den neuen Verteilungskämpfen eines globalen Kapitalismus; einer Auseinandersetzung, die während der 1980er Jahre nicht allein zwischen weit entfernten Standorten, sondern quasi auch vor der eigenen Haustür begann. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte, eine wachsende Zahl ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse und ein zunächst vor allem in den USA und Großbritannien wachsender Niedriglohnsektor ließen neue Formen der Beschäftigung entstehen, die nur noch wenig mit den individuellen Aufstiegserfahrungen vieler Beschäftigter in den 1950er und 1960er Jahre zu tun hatten. Betroffen waren vor allem Frauen und Arbeitsmigranten. Vieles spricht dafür, dass die Helden- und Aufstiegsgeschichte der »Entproletarisierung«, die die Historische Sozialwissenschaft im Geiste ihres eigenen Aufstiegs beschrieben hat, angesichts dieser gegenwartsnahen Erfahrungen der »Reproletarisierung« stärker gebrochen ist, als dies bisher immer noch vermutet wird.⁸ Bereits zeitgenössische Sozialforscher beobachteten ab den 1970er Jahren zudem, wie sich neue familiäre und geschlechtsspezifische Leitbilder etablierten, Lebensläufe entstandardisierten⁹, sich die »alten« Milieus nun endgültig auflösten – und neue entstanden. Das führte zum Verlust traditioneller Sicherheiten und hatte ein in sich immer brüchigeres Fortschrittsgefühl zur Folge, das nicht nur die Grünen, sondern auch viele Sozialdemokraten und Teile der kirchlich Engagierten erfasste. Pessimismus und das Gefühl der Stagnation machten sich breit, Niedergangs- und sogar Weltuntergangsszenarien gewannen an Plausibilität.

Blickt man auf die zeithistorischen Debatten um das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts¹⁰, wird deutlich, dass sich auch ein methodischer Wandel der deutschen Zeitgeschichte insgesamt andeutete, die sich jetzt stärker den Themen der Sozial-, Wirtschafts- und Sozialstaatsgeschichte widmete. Die 1970er Jahre erscheinen dabei als Epoche des Übergangs, in der sich neue, selbst geschaffene Probleme mit den Residualbeständen der unmittelbaren Nachkriegszeit überlagerten und ein neues Gemisch erzeugten, an denen das »Modell Deutschland« in den 1980er und vor allem in den 1990er Jahren schwer schlucken sollte. Diese Phase nehmen die hier versammelten Beiträge in den Blick, die sich auf die Geschichte der »alten« Bundesrepublik konzentrieren und auch nicht nachträglich eine allzu glatte Erfolgsgeschichte, gar eine Teleologie des »Westens« konstruieren oder die Bundesrepublik-Geschichte nun – ex post – in der Geschichte der sogenannten Wiedervereinigung enden lassen. Deshalb spielt die DDR ebenso wie die Reformpolitik Michail Gorbatschows zwar in den einzelnen Beiträgen immer wieder eine gewisse Rolle, und doch geht es stärker um die Einflüsse westeuropäischer und transatlantischer Entwicklungen, um die Verflechtung der Kapitalmärkte, die wachsende Distanz gegenüber staatlicher Lösungskompetenz, die Kritik an den vermeintlichen Auswüchsen des Wohlfahrtsstaats und den Wandel von Erwerbsbiografien, Lebens- und Politikstilen. Sozial-, kultur- und politikgeschichtliche Zugänge dominieren deshalb und begreifen den »Wandel des Politi-

8 Dazu auch *Dietmar Süß/Winfried Süß*, Zeitgeschichte der Arbeit: Beobachtungen und Perspektiven, in: *Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag* (Hrsg.), »Nach dem Strukturbruch«. Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 345–365.

9 *Andreas Wirsching*, Erwerbsbiographien und Privatheitsformen: Die Entstandardisierung von Lebensläufen, in: *Raihel/Rödter/Wirsching*, Auf dem Weg in eine neue Moderne?, S. 83–97; *ders.*, The Significance of a Life Course Change, in: *Journal of Modern European History* 9, 2011, S. 24–26.

10 Als Überblicke vgl. den Beitrag von Axel Schildt in diesem Band und den Forschungsbericht von *Martin H. Geyer*, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: *AfS* 50, 2010, S. 643–669, insb. S. 643–652.

schen« in einem möglichst umfassenden Sinne.¹¹ Der Band ist damit auch ein Versuch zur weiteren (Teil-)Vermessung der »reifen« Bundesrepublik, eine Forschungsperspektive, die in vielerlei Hinsicht erst am Anfang steht. Dabei geht es keineswegs um ein simples »Dekadenhopping«, sondern eher darum, die Gegenwartsrelevanz der Umbrüche zu untersuchen, die sich in der »Ära Kohl« abzeichnen. Wie überzeugend es ist, im Sinne von Hans-Peter Schwarz von den »kurzen achtziger Jahren« zu sprechen¹², der damit die Krisenperiode der 1970er von einem eher spannungsarmen »kurzen Jahrzehnt« abzugrenzen trachtet, wird erst noch zu diskutieren sein. Die temporale Einengung scheint doch, darauf deuten die Beiträge hin, die sozialen und kulturellen Ambivalenzen und Konflikte der Epoche eher zu unterschätzen. Aus diesem Grund ist es besonders lohnenswert, das Verhältnis von Wandel und Persistenz vor, während und nach den 1980er Jahren möglichst genau zu bestimmen. Eine reine Fortschritts- und Modernisierungsgeschichte verzeichnet die gesellschaftliche Komplexität ebenso wie allumfassende Niedergangsszenarien.

Andreas Wirsching hat in seiner Studie über den »Abschied vom Provisorium«¹³ für diese Perspektive der »alten« Bundesrepublik mit guten Gründen geworben und in seiner Darstellung zugleich wichtige, wenngleich auch nicht unumstrittene interpretatorische Schneisen geschlagen. Dazu gehört die Annahme der inneren Widersprüche der Wende-Politik von Helmut Kohl, die zwar eine Erneuerung der Moral forderte, in ihren Ergebnissen aber die Erosion konservativer Werte forciert habe. Das von den Christdemokraten geführte Regierungsbündnis hat Wirsching zufolge liberale Politik betrieben, um den Strukturwandel zu befördern, gleichzeitig jedoch auf tendenziell sozialdemokratische Instrumente zurückgegriffen, um die Folgen dieses Wandels abzufedern. Es seien gerade diese Widersprüche der Individualisierungsbeschleunigung und des wertkonservativen Aufbegehrens dagegen gewesen, die zu einem wesentlichen Kennzeichen der 1980er Jahre geworden seien. Die Sozial- und Familienpolitik waren Felder, auf denen diese Spannungslinien besonders sichtbar wurden. Insgesamt kann man die 1980er Jahre als ambivalente Mischung aus »Sozialstaatexpansion, finanzieller Konsolidierung und partiellem Umbau«¹⁴ bezeichnen. Während die Geschichte sozialer Sicherheit stärker durch Kontinuität geprägt war, ließ sich beispielsweise im Bereich des Arbeitsrechts eine wachsende Zahl an Konflikten zwischen Tarifparteien und politischen Akteuren beobachten. Die Abweichungen vom sozialpolitischen Entwicklungspfad waren eher gradueller Art, zumal der Arbeitnehmer-Flügel der Union mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm an der Spitze über erhebliches Gewicht verfügte. Gleichzeitig war die Sozialpolitik durch neue Herausforderungen bestimmt, durch die Aufwertung der Faktoren »Alter« und »demografischer Wandel« sowie die wachsende, vor allem durch die Neuen sozialen Bewegungen formulierte Kritik am »männlichen« Sozialstaat.¹⁵ In gewisser Hinsicht wurde die (fe-

11 Vgl. *Thomas Mergel*, Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: <https://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=84783> [5.12.2012]; *Achim Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85, 2003, S. 71–117; *Ulrich Meier/Martin Papenheim/Willibald Steinmetz*, Semantiken des Politischen. Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.

12 *Hans-Peter Schwarz*, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 475.

13 *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.

14 *Winfried Süß*, Umbau am »Modell Deutschland«. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland »nach dem Boom«, in: Journal of Modern European History 9, 2011, S. 215–240, hier: S. 240; Folgendes nach ebd. Zentral dazu jetzt: *ders.*, Von der Reform in die Krise. Der westdeutsche Wohlfahrtsstaat 1966–1982 (Habilitationsschrift, Ludwig-Maximilians-Universität München, 2011).

15 Vgl. *Christiane Kuller*, Soziale Sicherung von Frauen – ein ungelöstes Strukturproblem im männlichen Wohlfahrtsstaat, in: AfS 47, 2007, S. 199–236.

ministische) Protestkultur der 1970er Jahre dadurch in staatliches Handeln überführt, entradikalisiert und verstetigt. Die Auseinandersetzungen zielten nicht ausschließlich auf ein »Mehr« oder »Weniger« an Transferleistungen, sondern es ging nun verstärkt auch um die Anpassung der Sozialpolitik an veränderte Lebenslagen, an neue Formen familiären Zusammenlebens jenseits der »Hausfrauenehe« und die Gestaltung des »vierten Alters« nach Ende der Erwerbstätigkeit.¹⁶ Die Auseinandersetzung über die Richtung dieser spezifische Normen aushandelnden Form von Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik sollte den Charakter dieses Politikfelds wesentlich bestimmen. Zu den offenen und zentralen Fragen des Bandes gehört, ob die 1980er Jahre als Inkubationsphase einer umfassenden Welle des Neoliberalismus und der »Flexibilisierung«¹⁷ gedeutet werden können – und welchen Anteil daran die christlich-liberale Koalition hatte. In der Selbstwahrnehmung der Sozialpolitik der Union galt die angelsächsische Strategie der Entstaatlichung und der Deregulierung des Finanz- und Arbeitsmarkts keineswegs als Vorbild. Auch die politikwissenschaftliche Forschung hat immer wieder die Distanz deutscher Politik gegenüber allzu radikaler Liberalisierungsempfasse betont.¹⁸ Dennoch ist bisher über diese Privatisierungspolitik wenig bekannt, und auch nicht über die damit verbundene grundsätzliche Kritik von Staatlichkeit, zu deren Kernen die Annahme von der grundsätzlichen Ineffizienz öffentlicher Unternehmen und die Rede vom »schlanken Staat« gehörten.¹⁹

Vor allem die Deutsche Bahn und die Bundespost mit ihrem in die Jahre gekommenen Fernmeldebereich standen in der öffentlichen, häufig überaus hämischen Kritik.²⁰ Die Mischung aus anti-etatistischer Emphase und zur Schau getragenen Individualismus war keineswegs nur das Lebenselixier des Neoliberalismus. Wenngleich unter anderen Vorzeichen, gehörte die Distanz zu »Technokrazien«, dem übermächtigen, bürokratischen Wohlfahrtsstaat auch zur Überzeugung eines erheblichen Teils der an Durchsetzungskraft gewinnenden Alternativbewegung, die ihrerseits für Politik »jenseits des Staats« stritt.

Auf unterschiedlichen Feldern lässt sich beobachten, wie die Politik der Privatisierung bisher staatlicher Aufgaben im Laufe der 1980er Jahre an Bedeutung gewann, obschon nicht in gleicher Weise radikal wie in Großbritannien oder den USA. Dort beispielsweise erlebte der Begriff eine rasante Konjunktur, was angesichts der niedrigen Staatsquote durchaus paradox war. »Privatisierung« war ein in unterschiedliche Richtungen dehnbarer Kampfbegriff und bedeutete keineswegs nur eine Art Blaupause für den Verkauf des staatlichen Tafelsilbers (von dem es in den USA nicht viel gab). Er war vielmehr Teil einer gesellschaftlichen Ordnungsvorstellung geworden, die – ganz allgemein – das Individuum gegen den staatlichen »Übergriff« zu stärken versuchte. Forderungen nach Privatisierung waren dabei eine Antwort, die die Gegner des modernen Wohlfahrtsstaats formulierten, um die vermeintliche »Krise« öffentlicher Ausgaben anzuprangern. Dazu zählte vor allem die Steuerpolitik, deren »exzessive« Ausdehnung den Staat gleichsam zu einem Weltanschauungsinstrument und den Steuersatz zur Geißel seiner eigenen Klientel gemacht habe.²¹ Die Entmachtung des »erbeuteten Staats«, die Zurückdrängung seiner Kompetenzen und überbordender Verbandsinteressen galt als »moralische« Aufgabe und notwendiger Schritt, den wohlfahrtsstaatlichen »Sumpf« auszutrocknen und das Geld aus der Hand des Staats wieder seinen Bürgern zurückzugeben.

16 Vgl. den Beitrag von Nicole Kramer in diesem Band.

17 Vgl. den Beitrag von Dietmar Süß in diesem Band.

18 Reimut Zohlnhöfer, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998, Opladen 2001.

19 John Vickers/Vincent Wright, The Politics of Privatisation in Western Europe: An Overview, in: dies. (Hrsg.), The Politics of Privatisation in Western Europe, London 1989, S. 1–30; Dietmar Süß, Idee und Praxis der Privatisierung, in: Frei/Süß, Idee und Praxis der Privatisierung, S. 11–31.

20 Vgl. den Beitrag von Gabriele Metzler in diesem Band.

21 Vgl. den Beitrag von Marc Buggeln in diesem Band.

Die Debatten über Privatisierung betrafen unterschiedliche Bereiche, allerdings hatte die schwarz-gelbe Regierungskoalition anfangs keineswegs ein umfangreiches Programm in der Schublade, sondern brauchte eine Legislaturperiode, bis sie tatsächlich konkrete Vorschläge machte, deren Reichweite indes beschränkt blieb. Die Pläne des Finanzministers Gerhard Stoltenberg (CDU) sahen neben dem Verkauf von Bundesanteilen wie bei Volkswagen beispielsweise auch die Teilprivatisierung der Lufthansa vor.²² Allerdings war der Weg dorthin auch innerhalb der Koalition umstritten. Während der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß dafür plädierte, die Teilprivatisierung über die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktionen zu organisieren, schlugen die Experten des Finanzministeriums die Gründung einer Holdinggesellschaft aus Banken und Versicherungen vor, bei der zehn Prozent der stimmberechtigten Aktien verbleiben sollten, wodurch eine Sperrminorität verhindert worden wäre. Der Privatpilot Strauß machte offen Front gegen die in Bonn erdachten Pläne, führten sie doch, wie er befürchtete, zu einem erheblichen Einflussverlust des Bundes und berührten »nationale Interessen«. Das betraf auch die Beschaffungspolitik des Unternehmens – und berührte damit weniger die vorgeschobenen »nationalen« als bayerische Interessen, schließlich war ein erheblicher Anteil der Arbeitsplätze in der Luftfahrtindustrie in Bayern angesiedelt, die die CSU gern weiter mit Staatsaufträgen versorgt sehen wollte. So argumentierte auch der spätere bayerische »Privatisierungs-Ministerpräsident« Edmund Stoiber als junger Leiter der Staatskanzlei seines Förderers Strauß: Privatisierung ja, aber das, wie er sagte, »Verscherbeln« öffentlicher Betriebe müsse verhindert werden.²³ In der koalitionspolitischen Arithmetik bedeutete dies: Die Pläne waren mit dem bayerischen Sperrfeuer zunächst einmal gestoppt. Für Stoltenberg war der Streit um die Privatisierung der Lufthansa allenfalls das Sonderproblem einer Politik, die er insgesamt als erfolgreiche ordnungspolitische Trendwende beschrieb und die aus seiner Sicht auf einen »breiten Konsens« innerhalb der Koalition stieß.²⁴

Es spricht einiges dafür, dass der »Wandel des Politischen« wesentlich von einer wachsenden Skepsis gegenüber historisch gewachsenen staatlichen Kernkompetenzen geprägt war – und damit die Forderung nach einem Rückzug der öffentlichen Hand deutlich lauter wurde. Begünstigt wurde diese Kritik an der Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen nicht zuletzt durch die Krise der Gemeinwirtschaft und den Skandal um die NEUE HEIMAT.²⁵ Bis zum Beginn der 1980er Jahre galten gemeinwirtschaftliche Unternehmen als eine wichtige Säule der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung. Die traditionellen genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung erlebten nach 1945 eine unverhoffte Konjunktur und entwickelten sich auf dem Wohnungsmarkt zu einem der größten Akteure der Bundesrepublik. Als schließlich der SPIEGEL 1982 über Misswirtschaft und Korruption beim gewerkschaftseigenen Wohnungs- und Städtebaukonzern NEUE HEIMAT berichtete und die Vorwürfe von Woche zu Woche immer umfassender wurden, läutete dies nicht nur das Ende des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, sondern auch das Ende gewerkschaftseigener Unternehmen insgesamt und damit das Aus für die Einzelhandelskette Co op, die Bank für Gemeinwirtschaft und die Versicherungsgruppe Volksfürsorge ein. Unternehmen in Gewerkschaftshand, so lautete die Botschaft, waren nicht nur nicht besser als private Unternehmen, sie schienen sogar noch anfälliger, noch teurer, noch häufiger von Misswirtschaft bedroht zu sein als andere Be-

22 Folgendes nach *Andreas Wellenstein*, Privatisierungspolitik in der Bundesrepublik. Hintergründe, Genese und Ergebnisse am Beispiel des Bundes und vier ausgewählter Bundesländer, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1992, S. 245–256.

23 Ebd., S. 253.

24 Gerhard Stoltenberg im Deutschen Bundestag, 10. Wahlperiode, 128. Sitzung, 27.3.1985, S. 9446–9447.

25 Vgl. den Beitrag von Peter Kramper in diesem Band.

triebe. Als moralische und betriebswirtschaftliche Alternative hatten die gewerkschaftseigenen Unternehmen ausgespielt – und damit auch die Legitimität einer auf Wachstum und Planung basierenden Politik der 1960er und 1970er Jahre untergraben, an deren Stelle nun vor allem von den »Selbstheilungskräften des Markts« und privatwirtschaftlicher Initiativen gesprochen wurde. Diese Schwäche übertrug sich auf die Gewerkschaften als Arbeitnehmerorganisationen und Sozialpartner im tripartistischen System der Bundesrepublik. Für sie wurde es auch wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit immer schwieriger, den Privatisierungs- und Flexibilisierungstendenzen wirkungsvoll entgegenzutreten, wie nicht zuletzt das höchst ambivalente Ergebnis des von der IG Metall organisierten Streiks für die »35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich« 1984 zeigte.

Darüber hinaus deutet die skizzierte koalitionsinterne Auseinandersetzung zwischen Stoltenberg und Strauß über die Zukunft der Lufthansa auf eine zentrale Dimension der Privatisierungspolitik: die föderale Struktur der Bundesrepublik, die ein einfaches »Durchregieren« wie in Großbritannien verhinderte. Denn der Konflikt zwischen Bundes- und Landesinteressen prägte auch die Liberalisierungspolitik im Bereich des Fernmeldewesens²⁶, bei der allzu weit reichende Pläne im Kräfteingen der unterschiedlichen Veto-Spieler abgeschliffen wurden, durch Landespolitiker und Gewerkschaften, nicht zuletzt durch die Sozialpolitiker der Union selbst. Zudem hatten historisch aufgeladene, politisch umkämpfte und nun aktualisierte Argumente wie die Notwendigkeit umfassender »Daseinsfürsorge« und die Herstellung »gleichwertiger Lebensverhältnisse« zwischen Stadt und Land erhebliches Gewicht und sollten die Diskussion, indes mit abnehmender Bedeutung, auch zu Beginn der 1990er Jahre noch prägen. Der Blick auf die Privatisierungsdebatten des Auslands gehörte ganz wesentlich zur konsensdemokratischen Sinnstiftung der »alten« Bundesrepublik, wobei einerseits besondere Schreckensbilder und andererseits der maßvolle Zuschnitt des bundesrepublikanischen Wegs beschworen wurden.

Das galt auch für ein weiteres zentrales Feld, der Privatisierung des Rundfunks²⁷, über deren Einführung bereits seit Mitte der 1970er Jahre heftige Debatten tobten und deren Auswirkungen die Fernseh- und Konsumgewohnheiten der Deutschen besonders nachhaltig beeinflusst haben dürften. Gerade die Einführung des privaten TV macht die vielfältigen politischen und kulturellen Konflikte der »alten« Bundesrepublik deutlich – und klar wird auch, welch unterschiedliche Dimensionen der »Wandel des Politischen« umfasste: Denn es ging keineswegs nur um Medienpolitik oder den Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen »Rotfunk«, dem gern beschworenen Feindbild konservativer Politiker, die in den Redaktionsstuben des WDR staatskritische, subversive Elemente am Werke sahen. Die Forderung nach »Pluralismus« meinte aus Sicht der CDU und zunehmend auch der FDP vor allem die Zulassung neuer, weniger »roter« Wettbewerber auf dem Medien- und Nachrichtenmarkt und die Zerschlagung von »Meinungsmonopolen«, während die Sozialdemokraten als Hüter der öffentlichen Moral vor den Gefahren für Familien und Kinder warnten und befürchteten, US-amerikanische Serien würden den deutschen Markt überfluten, die deutsche Sprache verderben und den Einfluss der Medien-Multis stärken. Die politischen Vorzeichen hatten sich in diesen Debatten beinahe umgekehrt. Entscheidende Impulse erhielt die Auseinandersetzung zudem durch den Boom der Werbeindustrie, die als wachsender Global Player immer stärkeres wirtschaftliches und politisches Gewicht erhielt. In Großbritannien ließ sich dies schon seit den 1970er Jahren beobachten, und so galt das britische Mischsystem aus öffentlichem und privatem Rundfunk, die Kombination aus BBC und ITV, bei deutschen Medienpolitikern wie Christian Schwarz-Schilling (CDU) als vorbildhaft. Denn dort gebe es, anders als beim »Schmud-

26 Vgl. den Beitrag von Gabriele Metzler in diesem Band.

27 Vgl. den Beitrag von Frank Bösch in diesem Band sowie *Jutta Röser/Corinna Peil*, Fernsehen als populäres Alltagsmedium. Das duale Rundfunksystem und seine kulturellen Folgen, in: *Werner Faulstich* (Hrsg.), *Die Kultur der achtziger Jahre*, München 2005, S. 155–168.

delsex«-Privatfernsehen Italiens oder der seichten Unterhaltungsindustrie der USA, eine strenge Medienaufsicht und damit eine Qualitätskontrolle auch über das Niveau der Sendungen. Während die Union in den Debatten um den »Wandel des Politischen« in der Ära Thatcher mit Zurückhaltung auf deren Politik der Entstaatlichung und die daraus resultierenden sozialen Konflikte blickte, galt Großbritannien mit der BBC einerseits und den (teils anspruchsvollen) privaten Stationen andererseits gleichsam als »gelobtes Land« einer Medienlandschaft, die auf Kontrolle und Qualität durch die Leistungen des Markts (und des Konsumenten) setzte. In den Debatten um »Privatisierung« konnte Großbritannien damit sowohl Vorbild als auch Schreckgebilde zugleich sein.

In Deutschland war das wirtschaftsliberale Credo noch auf anderen Ebenen zu spüren. Vor allem der Bankensektor geriet durch die Liberalisierung der Finanzplätze in London und Luxemburg erheblich unter Druck.²⁸ Die europäische Wettbewerbspolitik setzte ganz auf das Primat der Liberalisierung und nicht auf die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen – mit der Konsequenz einer umfassenden europäischen Deregulierung des Finanzsektors. Immer lauter wurden beispielsweise Ende der 1980er Jahre an der Frankfurter Börse die Klagen über die Wettbewerbsnachteile gegenüber dem aufstrebenden Finanzplatz London und die vermeintliche »Überregulierung« in der Bundesrepublik. Nationale Banken »entdeckten« zunehmend das europäische Ausland als Geschäftsfeld für ihre Expansionsstrategien und bedrängten die Politik eindringlich, allzu starre Regeln (wie beispielsweise die Börsenumsatzsteuer in Deutschland) den neuen europäischen Wettbewerbsbedingungen anzupassen. Noch vor dem Maastrichter Vertrag von 1992 hatte sich in den Großbanken die Überzeugung durchgesetzt, dass nationale Bankenmärkte der Vergangenheit angehörten und dass eine umfassende Europäisierungsstrategie (auch der Mitarbeiter) notwendig sei. Im Schatten der Deutschen Einheit hatte sich Ende 1989 beinahe ebenfalls eine weitere Revolution vollzogen, als die Deutsche Bank zu einem Preis von 2,7 Milliarden Mark erstmals die Aktienmehrheit einer ausländischen Investmentbank, Morgan Grenfell, übernahm – und nun auch die deutschen Banker als globale Finanzdienstleister mit Zugang zum angelsächsischen Markt tätig werden konnten. Während die deutsche Steuer- und Ordnungspolitik der 1980er Jahre keinen abrupten Kurswechsel vollzog und einer eher konservativen Haushaltspolitik der kleinen Schritte folgte, forcierten die Europäisierung des Finanzsektors und damit die Expansionsstrategien der Banken bereits vor 1989 den Druck auf die Deutschland AG und damit auf zentrale Säulen der institutionellen Ordnung des »Rheinischen Kapitalismus«.

Angesichts der düsteren Warnungen der Neuen sozialen Bewegungen vor dem drohenden atomaren Untergang, dem »Moloch Staat« und dem musikalisch besungenen Verfall der Städte mag es auf den ersten Blick nicht zwingend sein, in den 1980er Jahren auch eine ganz spezifische Vorstellung von Fortschritt und Modernität zu suchen, die in den Expertendiskursen der Versicherungsvertreter, der Stadt- und Verkehrsplaner sowie der Gesundheitspolitiker zu finden ist. Wie kein anderes Schlagwort schien die Rede von der »Risikogesellschaft« gleichermaßen Lebensgefühl und Zeitdiagnose zu verkörpern.²⁹

Die industriegesellschaftliche Moderne, von der Ulrich Beck sprach, war scheinbar an ihr Ende gekommen und von einer neuen »Logik der Risikoproduktion« abgelöst worden. Traditionelle Verteilungskämpfe um Macht und Reichtum würden durch neue Kämpfe ersetzt, in deren Zentrum die Produktion, Definition und Verteilung wissenschaftlich-

28 Vgl. den Beitrag von Christopher Kopper in diesem Band.

29 Vgl. *Benjamin Ziemann*, Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne (1986), in: *Anja Kruke/Meik Woyke* (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung 1848 – 1863 – 2013, Bonn 2012, S. 250–255, sowie *Hans Maier*, Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus? Die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren, in: *VfZ* 56, 2008, S. 1–17.

technisch produzierter Risiken stünden.³⁰ Der Modernisierungsprozess, mithin also die Folgen der technisch-ökonomischen Entwicklung, werde »reflexiv« und damit die Moderne selbst zum »Thema und Problem«. ³¹ Soziale Gefährdungslagen verteilten sich nicht mehr entlang traditioneller Klassengrenzen, sondern die neuen Probleme der Gegenwart seien tendenziell für jeden gleich gefährlich: »Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch.«³² Dass die Ungleichheitsforschung Becks These von Beginn an mit äußerster Skepsis begleitet hat, ist die eine Sache; für die Geschichte der 1980er Jahre ist indes interessant zu sehen, wie sich diejenigen verhielten, für die das Risiko der Moderne ein einträgliches Geschäftsfeld bedeutete: die Versicherungsindustrie.³³ Was bedeutete es, wenn sich in der »zweiten Moderne«, wie Beck behauptete, die Folgen der Risikogesellschaft angesichts ihrer prognostizierten Gefahren nicht mehr versichern ließen? War dies nicht am Ende sogar ein Beleg dafür, dass die Umweltbewegung mit ihrer Kritik an den großen Kernenergieprojekten recht hatte, die gerade darauf zielte, dass sich der Super-GAU allen Prinzipien der Assekuranz entzieht? Die Risikoscheu der Versicherungsbranche wurde im Laufe der 1980er Jahre jedenfalls zunehmend Teil einer technikkritischen Debatte, die Ulrich Beck im Begriff der »Risikogesellschaft« zusammenfasste und in einer Großtheorie sozialen Wandels münden ließ. Der Begriff war selbst Gegenstand der immer heftiger werdenden Auseinandersetzung um die Wahrnehmung gesellschaftlicher Risikokonflikte und ihre politische Beherrschbarkeit, die sich seit den späten 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre deutlich änderte. Nun war immer häufiger von den »Grenzen der Versicherbarkeit« und damit von den Grenzen der Beherrschbarkeit des industriell-technischen Zeitalters die Rede. »Sicherheit« war nicht versicherbar und damit nicht garantierbar, was angesichts der möglichen atomaren Folgekosten grundsätzlich die Technik infrage stellte. Es war diese Debatte, die den Boden für den Erfolg von Ulrich Becks »Risikogesellschaft« bereiten sollte und die auf die Überlagerung unterschiedlicher Sicherheits- und Technikdiskurse in den 1980er Jahren hindeutet. Während die Umweltbewegung und Teile der sozialwissenschaftlichen Forschung die »Grenzen der Versicherbarkeit« als gleichsam Naturgesetz der »zweiten Moderne« zu begründen versuchten, argumentierten die Vertreter der Versicherungswirtschaft, die ihrerseits ihren Expertenstamm zunehmend erweiterten, dass das Risikomanagement beherrschbar und damit »Vertrauen« in die Energiewirtschaft legitimierbar und zugleich wirtschaftlich rentabel sei. Die Frage der Risikofolgenabschätzung war damit zur Aufgabe einer mächtigen Gruppe von Wissensakteuren der Versicherungswirtschaft geworden, die die »Grenzen der Versicherbarkeit« immer wieder neu auszuloten, zu »messen« und auszudehnen versuchten.

Die »Risikogesellschaft« war Zeitdiagnose und Konfliktgegenstand unterschiedlicher Zukunftsprognosen technischer Beherrschbarkeit, die in Deutschland wie auch in den USA ein weites Feld politischer Kontroversen, der Risikofolgenabschätzung, eröffneten. Beobachten lässt sich dies auch am Selbstverständnis der Technik-Experten selbst³⁴, die sich seit Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre zunehmend mit öffentlichem Widerstand gegen infrastrukturelle Großprojekte auseinandersetzen mussten – und das nicht etwa nur in abgeschotteten Planungsbüros, sondern auch in öffentlichen Debatten, in denen um die Legitimität des technischen Fortschritts, um Planungssicherheit und Risikokalkulationen gerungen wurde. Immer häufiger mussten sich beispielsweise Ingenieure der Deutschen Bahn für ihre Vorschläge zum Streckenausbau, für ihre Kosten-Nutzen-

30 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986, S. 25.

31 Ebd., S. 26.

32 Ebd., S. 48.

33 Vgl. den Beitrag von Christoph Julian Wehner in diesem Band.

34 Vgl. den Beitrag von Philipp Hertzog in diesem Band.

Kalkulationen rechtfertigen und ihre Lösungsvorschläge auch intern daran messen lassen, ob sie gesellschaftlich akzeptabel, das heißt durchsetzbar waren. Angesichts einer wachsenden Skepsis gegenüber allzu fantastischen Infrastrukturprojekten sahen sich viele Ingenieure als Gruppe »technischer Vernunft«, die Fortschritt und veränderte zivilgesellschaftliche Bedürfnisse in Einklang zu bringen versuchte – und »Protest« und Umweltschädigungen als neue, ernst zu nehmende »Parameter« ihrer Zukunftsberechnungen einkalkulierte. Die Planungsexperten der Bahn oder der Kernenergie mussten ihre Berechnungen öffentlich verteidigen und sich auch vor Akteuren rechtfertigen, die anderen Rationalitätskriterien folgten als der vermeintlich »besten« technischen Lösung. Das war zwar nicht ganz neu, doch fanden die Diskussionen um die Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn nun in einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit und mit selbstbewussten und kompetenten neuen Akteuren, mit Bürgerinitiativen, lokalen Parteigruppierungen und zum Teil sehr professionell arbeitenden Umweltverbänden statt. Nach der Planungsbegeisterung der 1960er Jahre rangen die Techniker, Ingenieure und PR-Abteilungen der Unternehmen mit einer größeren Zahl gesellschaftlicher Gruppen um Legitimität und Transparenz in der Massendemokratie. »Umweltschutz« wurde dabei immer stärker zu einer berechenbaren und messbaren Dimension technischer Zukunftsentwürfe; und so konnten die Verkehrsexperten der Bahn immer genauer Lärmschutzemissionen berechnen, die Kosten dafür in die Planungen einbeziehen und damit neue, sicherere und umweltverträglichere Prognosen abgeben. Unangefochten war das technische Expertenwissen jedenfalls nicht; dafür hatte sich der gesellschaftliche Resonanzboden zu sehr verändert und damit auch diejenigen, die selbstbewusst ihre eigene technische Expertise gegen die Ingenieure der Unternehmen stellten und so zu einer Pluralisierung technischen Wissens in den 1980er Jahren beitrugen.

Die Auseinandersetzungen um eine angemessene Risikopolitik führten zudem auf einem ganz anderen Feld seit Beginn der 1980er Jahre zu lebhaften Debatten. Als 1981 erste Berichte über eine bis dahin noch unbekannte tödliche Immunerkrankung aus den USA die Bundesrepublik erreichten, war dies der Beginn einer heftigen Kontroverse über zentrale Grundpfeiler gesellschaftlichen Lebens.³⁵ Sexualität und Tod, Sicherheit und Werte, das Verhältnis von Staat und Bürger, Intimität und Vertrauen: Der Umgang mit Aids berührte wie kaum ein anderes Ereignis das soziale, religiöse und kulturelle Selbstverständnis moderner Gesellschaften. Wie weit durfte der Staat zur Seuchenbekämpfung eingreifen? War Aids auch eine »moralische« Krankheit, Folge libertinärer Sexualmoral und damit auch eine Form der Bestrafung? Und welche waren, angesichts der Erblasten des »Dritten Reichs«, die angemessenen gesundheitspolitischen Strategien im Umgang mit der neuen Krankheit? Aids war *das* neue Risiko, und es war umso besorgniserregender, weil die medizinische Forschung noch so wenig über Ursachen, Verbreitung und Verlauf sagen konnte; gewiss war nur: Ein Medikament würde es auf absehbare Zeit nicht geben. Die bundesdeutsche Aidspolitik seit Mitte der 1980er Jahre, die vor allem mit dem Namen der CDU-Gesundheitsministerin Rita Süßmuth verbunden ist, setzte nach einem gewissen Lernprozess und gegen den Widerstand vor allem der konservativen CSU auf eine Entdämonisierung der Krankheit und ihrer Infizierten; eine »Sicherheit« der Bürger wollte und konnte die neu entstandene Aidspolitik nicht garantieren, wohl aber mitwirken, dass das individuelle, »präventive Selbst«³⁶ gestärkt werde. Dafür investierte die Bundesregierung in großflächigen Werbekampagnen viel Geld, stärkte freie Träger, die ihren Ursprung in der Selbsthilfebewegung hatten und möglichst niedrigschwellige Beratung an-

35 Vgl. den Beitrag von Henning Tümmers in diesem Band.

36 Vgl. Martin Lengwiler/Jeanette Madarász (Hrsg.), *Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik*, Bielefeld 2010.

bieten sollten, förderte die Forschung und zog die politische Initiative in Fragen des bundesländereigenen Seuchenschutzes an sich.

Anders als noch in den 1950er und 1960er Jahren war es nun nicht mehr der Staat, der als »wehrhafte Demokratie« seine Bürger schützen wollte; die Aidspolitik setzte trotz mancher Widerstände insbesondere konservativer Kreise der Union darauf, die individuellen Entscheidungsspielräume der Bürger nicht zu beschneiden und ganz auf eine Politik des Vertrauens zu setzen. Zwar blieben die repressiven Ideen eines Bundesseuchengesetzes und staatlicher Zwangsinstrumentarien wie der Meldepflicht in der Diskussion, mehrheitsfähig waren sie jedoch nicht. Man darf sich die Aidspolitik keineswegs als Liberalisierungs-Erfolgsgeschichte vorstellen, und die Erfahrungen der Aktivisten der Selbsthilfebewegung vermitteln, bei aller wachsenden staatlichen Unterstützung, doch auch eine Vorstellung von den zähen gesellschaftlichen Vorurteilen. Trotzdem sollte sich gerade die Aidspolitik als großes Lernfeld erweisen: im Umgang mit verschiedenen Formen der Sexualität und ihrer Entkriminalisierung, in der Anerkennung unterschiedlicher Lebensstile, in der Ausformung neuer gesundheitspolitischer Instrumente und Institutionen und in den Veränderungen der Sagbarkeitsregeln, die es nun möglich machten, weitgehend ohne Gelächter und anzügliche Herrenwitze im Bonner Parlament über Sexualpraktiken und Prostitution zu sprechen. Ein wesentlicher Unterschied zu den Debatten in anderen westlichen Ländern war der zentrale Bezug zu den Erfahrungen des »Dritten Reichs«, der nicht nur von den engagierten Selbsthilfegruppen der Homosexuellen, sondern auch von der Gesundheitsministerin und anderen Befürwortern einer liberalen Aufklärungspolitik ins Feld geführt wurde. Die rassistische Seuchenpolitik des Nationalsozialismus und die Verfolgung der Homosexuellen galten als zentraler Grund dafür, dass die bundesrepublikanische Demokratie allen restriktiven Versuchen standhalten und sich durch ihre Vertrauenspolitik vom »Dritten Reich« unterscheiden sollte. Dass eine zunächst kleine Selbsthilfegruppe wie die »Deutsche Aids-Hilfe« zu einer Großorganisation der Sexualaufklärung mit regierungsamtlichem Siegel werden konnte, ist vielleicht einer der nachdrücklichsten Belege für den »Wandel des Politischen« in den 1980er Jahren.

Eng verbunden damit ist die Frage nach der Bedeutung und Wirkungskraft der politischen Parteien, die laut dem Grundgesetz bei der demokratischen Willensbildung mitwirken sollen und eine wichtige Rolle bei Entscheidungsprozessen im politisch-parlamentarischen Raum spielen. Dies verweist zum einen auf die sich in den 1980er Jahren allmählich herausbildende, bisher ungekannte Repräsentationslücke der Volksparteien. Womöglich handelt es sich sogar um eine wesentlich tiefer greifende, generelle Krise der politischen Repräsentation, die auf die Auflösung gesellschaftlicher Großgruppen und die Erosion sozial-kultureller Milieus zurückgeht. Auf jeden Fall vollzog sich ein Wandel von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstentfaltungs- und Partizipationswerten. Generationell ausdifferenziert und ohne zwangsläufig in bedingungslos postmateriellen Orientierungen zu münden, prägten Individualisierung, Pluralisierung und Entnormativierung immer stärker politische Haltungen und die Formen der Auseinandersetzung.³⁷

Zum anderen wurde die Legitimität repräsentativ-demokratisch gefasster Beschlüsse bereits seit den 1970er Jahren zunehmend durch Neue soziale Bewegungen infrage gestellt. Gerade bei Risikothemen wie der zivil genutzten Kernenergie, dem Schutz der Umwelt und der atomaren Rüstung schienen die Grenzen der Mehrheitsdemokratie zuweilen erreicht zu sein. Wenn parlamentarische Entscheidungen das Überleben der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich oder auch nur in deren Wahrnehmung bedrohten, ihre persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten nachhaltig einschränkten, geriet die Legitimität des Staats in ein Spannungsverhältnis mit der Loyalitätspflicht der Bevölkerung. So betrachteten manche Gegner des NATO-Doppelbeschlusses die kontrollierte Verletzung

37 Vgl. den Beitrag von Michael Ruck in diesem Band.

geltender Rechtsnormen als legitim, um ihrem Anliegen etwa durch Sitzblockaden möglichst breite öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen und das vermeintlich zentralistische Staats- und Verwaltungshandeln ›von unten‹ zu kritisieren. Mit ebenso symbolischen wie fantasievollen Aktionen sollten die selbst empfundene moralische Überlegenheit und letztlich auch die größere Legitimität ihrer Position unterstrichen werden. Einen hohen Stellenwert besaß hierbei die Gewaltfreiheit. Sie wurde, einer alten Debatte aus den 1960er Jahren folgend, aufwendig theoretisch hergeleitet, bisweilen etwas künstlich nach Gewalt gegen Personen oder Sachen unterschieden und lebhaft diskutiert.³⁸

Die Bedrohung des Friedens durch Atomrüstung, selbst wenn sie wie von Helmut Schmidt als wirkungsvolles Instrument von Entspannungspolitik verstanden wurde, und die massive Schädigung der Umwelt als Folge von skrupellosen Geschäftsinteressen oder schlicht von Nachlässigkeit im technisch-industriellen Produktionsprozess brachten ein in seiner Intensität neuartiges gesellschaftliches Protestpotenzial hervor, wobei skandalisierende Medienberichte über das »Ozonloch«, havarierte Öltanker und »Restrisiken« bei der Atommüllentsorgung verstärkend wirkten. Bürgerinitiativen erhöhten ihre Durchsetzungskraft mit der Bildung von deutschlandweit aktiven Spitzenverbänden, und aus Teilen der Neuen sozialen Bewegungen entstanden die Grünen als Partei, was als Institutionalisierung des Protests gegen seit der Gründung der Bundesrepublik gültige Repräsentationsformen und mühsam eingeübte demokratische Willensbildungsprozesse gedeutet werden kann.

Ohne Frage: Der Fortschritts- und Reformoptimismus, der in den frühen 1970er Jahren seinen Höhepunkt erlebte, war endgültig gebrochen. Im Folgejahrzehnt machte sich das Gefühl einer globalen Zivilisationskrise breit und gewann Kulturpessimismus an Raum. Die Notwendigkeit, die natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen stärker als bisher zu schützen und mit Rohstoffen und Energie sparsam umzugehen, entwickelte sich auf der Ebene der programmatischen Verlautbarungen der Parteien zum Konsens, war also von den Neuen sozialen Bewegungen – deutlich vor dem Einzug der Grünen in den Bundestag – erfolgreich auf die politische Agenda gesetzt worden. Im Jahr 1979 hatten sowohl die CDU als auch die SPD umweltpolitische Programme verabschiedet. Die FDP konnte bei diesem Thema bereits 1971 mit ihren »Freiburger Thesen« inhaltliche Akzente setzen. Konsequenter Umweltschutz und das Streben nach einer florierenden, sozial abgesicherten Wirtschaft mussten offenbar keine Gegensätze sein.³⁹

Die Gründung der Grünen als Partei institutionalisierte den Protest nicht nur, sie war auch dazu geeignet, ihn zu kanalisieren und mittelfristig abzuschwächen. In einem SPIEGEL-Interview, das Petra Kelly dem Nachrichtenmagazin als grüne Führungspersonlichkeit im Jahr 1982 gab, war davon nicht die Rede. Vielmehr entfaltete sie die Vision einer »fundamentalen Antikriegspartei« und »ökologisch-gewaltfreien Partei«, im Bundestag sei den Grünen nicht daran gelegen, Koalitionen einzugehen. Im Vordergrund stehe, genauso wie auf einem Markt- oder Bauplatz, der Austausch von Standpunkten und Informationen.⁴⁰ Das sahen Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit, die grünen Parteifreunde aus der Frankfurter Sponti-Szene, ganz anders. Sie traten für die von dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt ins Spiel gebrachte »Mehrheit diesseits der Union« ein, und zwar ohne unter mangelndem Selbstbewusstsein zu leiden, mitnichten als Juniorpartner in einem Regierungsbündnis, sondern als treibende Kraft in einem »ökologischen Block«. Mit dem Selbstverständnis als »Anti-Parteien-Partei«, das Petra Kelly verteidigte, war diese Zukunftsperspektive nur schwerlich in Einklang zu bringen. Die Idee der Basisdemokratie traf auf die etablierten Aushandlungsmuster des bundesrepublikanischen

38 Vgl. *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 98ff. und 361ff.

39 Vgl. ebd., S. 361ff.

40 Vgl. den Beitrag von Silke Mende in diesem Band.

Parlamentarismus. Somit offenbarte die »Fundi-Realo«-Kontroverse unterschiedliche Politikverständnisse, zielte auf die Frage der angemessenen Repräsentation und bestimmte die Geschichte der Grünen in den 1980er Jahren maßgeblich. Mit der parlamentarischen Beteiligung eröffneten sich der Partei neue Macht- und Koalitionsoptionen, sodass sie ihre Fundamentalopposition schließlich zugunsten eines reformorientierten und undogmatischen Kurses aufgab. Gleichzeitig trug sie den politischen Stil, die Themen und Wertmaßstäbe der Umwelt- und Friedensbewegung ins Parlament und damit in eine breitere Öffentlichkeit. Manches deutet in diesem Zusammenhang auf einen wechselseitigen Annäherungsprozess hin und lässt sich als »Wandel des Politischen« lesen. Das grüne Politikverständnis beeinflusste offenbar die wesentlich länger bestehenden Parteien, während sich die Bundestagsfraktion der Grünen zumindest partiell an die politischen Routinen, Mechanismen und Gepflogenheiten des Parlamentarismus in der »alten« Bundesrepublik anpasste. Schon bald gehörte das von den Medien dankbar aufgegriffene Bild der strickenden, vollbärtigen Abgeordneten in Wollpullovern der Vergangenheit an. Mit dem Transformationsprozess der Grünen änderte sich auch ihr Habitus.⁴¹

Allerdings bedeutete dies keineswegs das Ende aller Bürgerbewegungen. Im Gegenteil: Gerade Umweltskandale riefen in den 1980er Jahren vehemente Proteste hervor, zumal weite Teile der Bevölkerung seit der Dioxin-Katastrophe 1976 in Seveso für dieses Thema sensibilisiert waren. Der zweite Ölpreisschock 1979/80 machte die vom »Club of Rome« schon längst diagnostizierten »Grenzen des Wachstums« manifest und sorgte zusätzlich für Krisenbewusstsein und Bedrohungsängste. Während Umweltpolitik in den 1970er Jahren noch ein klar umgrenzter Politikbereich gewesen war, avancierte sie im Folgejahrzehnt zu einem Querschnittsthema, das die klassischen Partei- und Milieugrenzen überwand.⁴² Der Schutz und die Zukunft des Ökologischen wurden nunmehr in der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft diskutiert, wobei die mediale Berichterstattung und Skandalisierung von Umweltproblemen eine besondere Rolle spielten. Anlässe gab es hierfür genug: Ab 1980 führte das auch von Experten nicht eindeutig zu erklärende Waldsterben zu Irritationen, im Jahr 1986 luden die schwere Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und ein Großbrand beim Chemieunternehmen Sandoz in der Schweiz die umweltschutzbewegte Stimmung auf. Die als Folge der Löscharbeiten in den Rhein gespülten, hochgiftigen Chemikalien machten zudem den transnationalen Charakter der Thematik deutlich. Bereits fünf Wochen nach dem atomaren Super-GAU in der Ukraine war in Bonn das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebildet worden. Entsprechende Gründungen auf Landesebene folgten, was als Reaktion auf kritische Medienberichte verstanden werden kann. Selbst Helmut Kohl, einst Referent des Verbands der Chemischen Industrie, befeuerte als Bundeskanzler nach dem Sandoz-Unfall die öffentliche Entrüstung. Zwar konnten die Grünen angesichts der Skandale reüssieren, über die Notwendigkeit von Umweltschutz herrschte jedoch weithin Konsens. Wer in dieser Hinsicht scharfe Kritik an Großkonzernen übte, stand nicht mehr im Verdacht, ein systemgefährdender Kryptomarxist zu sein.

Ähnlich verhielt es sich bei den Aufrufen zum Volkszählungsboykott 1983/87. Doch in diesem Fall unterschätzte die Kohl-Regierung die gesellschaftliche Breite des Protests. Keineswegs beschränkte sich der Widerstand gegen die Volkszählung auf sogenannte Anarchisten, Kommunisten, Autonome und Grüne, vielmehr schloss er Vertreter und Sympathisanten aller drei etablierten Parteien ein. Die Konfliktlinie verlief im Unterschied zu den Umweltskandalen zwischen der Regierung und zahlreichen Bürgerinnen

41 So argumentiert *Helge Heidemeyer*, Einleitung, in: *Josef Boyer/Helge Heidemeyer* (Hrsg.), *Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987*, 2 Bde., Düsseldorf 2008, Bd. 1, S. XI–LI, hier: S. XXXV.

42 Vgl. den Beitrag von Frank Uekötter und Claas Kirchhelle in diesem Band.

und Bürgern, nicht gegen das zumeist anonym bleibende Führungspersonal der (chemischen) Großindustrie. Gemeinsam war den Volkszählungsgegnern ihr nachdrücklich erhobener Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung, ein Recht, das vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 1983 bekräftigt wurde. Im Hintergrund standen die historischen Erfahrungen mit dem Überwachungssystem des NS-Regimes. Wesentlich stärker wog in dem verhärteten Konflikt jedoch die tiefe Skepsis gegenüber dem Eindringen des gegenwärtigen Staats in die Privatsphäre, zumal die technologische Entwicklung deutlich höhere Anforderungen an den Datenschutz stellte. »Big Brother is watching you«, hieß es in dem bereits 1949 veröffentlichten Science-Fiction-Roman von George Orwell mit dem prophetisch anmutenden Titel »1984«. Auch der Planungsenthusiasmus der 1960er und 1970er Jahre war mit dem Ansammeln beträchtlicher Informationsmengen einhergegangen. Die mittlerweile auf immer leistungsfähigere Computer gestützte Speicherung und Auswertung persönlicher Daten im Zuge der Rasterfahndung und der anberaumten Volkszählungen sowie ein gewachsenes öffentliches Problembewusstsein machten den Schutz der Privatheit indessen zu einer dringlichen Aufgabe mit hoher politischer Sprengkraft. Im Kontrast dazu mutet die heute beliebte Selbstentblößung bei sozialen Internetnetzwerken wie »Facebook« paradox an, nicht aber die zur selben Zeit geführten Debatten über die Online-Durchsuchung und die Vorratsdatenspeicherung, bei denen personen- und datenschutzrechtliche Argumente überaus bedenkenswert sind.⁴³

Die Proteste gegen die Volkszählung warfen ebenso wie die Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluss die Frage nach der Legitimität und Akzeptanz von Legislative und Exekutive auf. Immerhin wurde das Volkszählungsgesetz quer zu allen gesellschaftlichen Schichten boykottiert, obwohl es der Bundestag 1982 einhellig verabschiedet hatte. Damit war die Machtfrage gestellt, ohne dass allerdings eine Gefahr für die Fortexistenz der Bundesrepublik bestanden hätte. Gleichwohl diskutierten insbesondere Protagonisten der Neuen sozialen Bewegungen und alternative Gruppierungen, vornehmlich die Frauen- und Friedensbewegung, ein neues Verständnis von Macht, das sich von Max Webers klassischer Definition signifikant unterschied.⁴⁴ Die bisher praktizierten Verfahren politischer Ziel- und Entscheidungsfindung wurden auf den Prüfstand gestellt, um sich von der als vorherrschend und gefährlich begriffenen »Macht der Mächtigen« abzugrenzen. Es ging um einen wesentlichen Parameter des Politischen, das in einem vielstimmigen Diskurs zunehmend hinterfragt wurde. Die staatliche Macht sollte demokratisiert und enthierarchisiert werden. Bemerkenswert ist dabei, wie der Staatsbegriff der linksalternativen Machtkritiker in dieser Debatte changierte: Auf der einen Seite wurde das Schreckensbild eines autoritären Überwachungs- und Rüstungsstaats entworfen, andererseits verbreitete sich die Vorstellung eines äußerst schwachen, in seinen Eigengesetzlichkeiten gefangenen, aus eigener Kraft reformunfähigen Staats. Machterwerb und -erhalt seien als Selbstzweck für Politiker wichtiger geworden als das Ideal einer prinzipiell ergebnisoffen geführten, auch irritierende Emotionen zulassenden Auseinandersetzung über politische Ziele und Werte.

Einen Kontrapunkt fand diese Kritik am institutionellen Gefüge der Bundesrepublik mit dem ein »Comeback« erlebenden Elite-Begriff. Das Beschwören einer Herrschafts-, Macht-, Funktions- oder Leistungselite tauchte in der politischen Sprache der 1980er Jahre auffallend häufig auf und richtete sich gegen die immer selbstbewussteren Demokratisierungs- und Partizipationsforderungen, die bereits in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten traditionelle Ordnungsvorstellungen infrage gestellt hatten. Für erhebliche Aufregung sorgten die Empfehlung des Wissenschaftsrats zur »Förderung besonders Befä-

43 Vgl. den Beitrag von Larry Frohman in diesem Band. Mit etwas anderen Akzenten: *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 393ff.

44 Vgl. den Beitrag von Susanne Schregel in diesem Band.

higter« (1981) und die maßgeblich von der FDP angestrebte Gründung sogenannter Elite-Hochschulen, um eine vermeintliche Innovationskrise der westdeutschen Industrie einzudämmen. Eine ideengeschichtliche Zäsur markierte die Konjunktur des Elite-Begriffs jedoch nicht. Wohl aber half sie, das Konkurrenzprinzip mit Blick auf die Verbindung von ökonomischem und Bildungserfolg zu schärfen und eher neoliberalen Positionen den Weg zu bereiten.⁴⁵

Während der Macht- und der Elite-Diskurs häufig sehr akademisch wirkten, strebte die musikalische Bewegung der Neuen Deutschen Welle solche intellektuellen Höhen nicht an. Ihr Protest gegen gesellschaftliche Zustände, die sich in den 1970er Jahren ausgeprägt hatten, pflegte im Gegensatz zu klassischen Liedermachern einen bewusst spielerischen Umgang mit dem Politischen, kommentierte den Übergang vom ›Wirtschaftswunder‹ zur Ära »nach dem Boom« und war hochpolitisch. Im Rückblick kann sie als Begleiterscheinung und paradoxe Intervention gegen die von Helmut Kohl propagierte »geistig-moralische Wende« gedeutet werden.⁴⁶ Als spezifische Form des popkulturellen Protests brachte die phasenweise sehr beliebte Musikrichtung in larmoyantem Ton die vor allem bei den jüngeren Generationen um sich greifende Perspektivlosigkeit zum Ausdruck. Mit kommerziell erfolgreichen, aber spießigen Fernsehserien wie »Dallas« und »Die Schwarzwaldklinik« mochten sich viele Jugendliche nicht abspeisen lassen. Die sprachlich mitunter stark reduzierten, subversiven Texte der NDW-Gruppen thematisierten die grassierende Massenarbeitslosigkeit, die gleichzeitige Beschleunigung der Arbeitswelt durch Rationalisierungsprogramme und technische Innovationen wie den Computer, die zunehmende Umweltzerstörung und den eskalierenden Rüstungswettlauf. Statt dem Schwinden individueller und gesellschaftlicher Planungssicherheit und den hieraus resultierenden Ängsten offensiv zu begegnen, polemisierte die Neue Deutsche Welle destruktiv gegen die »Hippiekultur« und den Idealismus der Neuen sozialen Bewegungen. Positiv entgegengesetzt wurde der Rückzug ins Private, das Aufgehen in Passivität und der Monotonie des Alltags. Bei allen ironischen Brechungen: Die NDW, die ihre Blütephase von 1979 bis 1983 erlebte, spiegelte eine dominante gesellschaftliche Stimmungslage wider, ehe sie mit deutlich weniger kritischen Hits wie »Ich will Spaß« ungebremst der Konsumgesellschaft huldigte.

Wesentlich konfliktgeladener verlief die schon mehrfach erwähnte Kontroverse um die atomare Nachrüstung und den NATO-Doppelbeschluss. An ihr lässt sich der »Wandel des Politischen« in mehrfacher Hinsicht ablesen. Erstens spricht manches dafür, die Auseinandersetzung über die Raketenstationierung auf westdeutschem Boden trotz der vielfach erbitterten Debatten als konstitutiv für die Sinnstiftung über den bundesdeutschen Staat zu interpretieren. Angesichts des in jener Zeit diskutierten Wertewandels bot der Streit einen Reflexionsraum zur gesellschaftlichen Selbstverständigung. Immerhin wurde die politisch-kulturelle Westbindung der Bundesrepublik gefestigt, aus der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ein deutscher Friedensauftrag in Europa abgeleitet und die hieraus erwachsende moralische Verpflichtung diskutiert. Der Raketenstreit bot zweifelsohne einen Resonanzboden für antiamerikanische Strömungen, erbrachte aber letztlich einen Minimalkonsens über die Grundlagen der westdeutschen Demokratie, in der Konflikte nunmehr als Ausdruck legitimer Interessenvertretung akzeptiert wurden.⁴⁷ Zweitens trug die Nachrüstungskontroverse zum Wandel politischer Aktions- und Kommunikationsformen bei. Dies lässt sich am Beispiel der Sozialdemokratie zeigen, in der sich

45 Vgl. den Beitrag von Morten Reitmayer in diesem Band. Zu den Traditionslinien der konservativen Abwehrbewegungen gegen die Bildungsemanzipation vgl. Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 449–478, insb. S. 451 ff. und 472 ff.

46 Vgl. den Beitrag von Annette Vowinckel in diesem Band.

47 Vgl. den Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band.

die gesamtgesellschaftlichen Selbstverständigungsdebatten wie in einem Brennglas abbildeten. Im Konflikt zwischen Bundeskanzler Schmidt als Initiator des NATO-Doppelbeschlusses und seinem Parteifreund und entschiedenen Nachrüstungsgegner, Erhard Eppler, wurde das Dilemma der SPD zwischen Staat und Straße offenbar. Für die Partei ging es nur vordergründig allein um Friedens- und Sicherheitspolitik. Zu klären war auch das Verhältnis zu den Neuen sozialen Bewegungen, ebenso wie das tolerierbare Ausmaß innerparteilicher Protestkulturen. Das »Politische« erscheint in dieser Perspektive als permanenter Aushandlungsprozess über die adäquate Form der Artikulation von Dissens und Widerspruch, gerade in einer Zeit, in der die verschärfte Blockkonfrontation und der Rüstungswetlauf der beiden Weltmächte USA und UdSSR apokalyptische Weltuntergangssängste hervorriefen.⁴⁸ Drittens sensibilisiert ein Blick auf die deutsche Sektion der 1980 blockübergreifend konstituierten Organisation »International Physicians for the Prevention of Nuclear War« für die Konfliktrichtigkeit eines in internationalen, nationalen und regionalen Bezügen aktiven Bündnisses. Zwar konnten in den Anfangsjahren durch symbolkräftige Medienereignisse die Einzigartigkeit der friedensbewegten Ärzteorganisation und die Absurdität der atomaren Ost-West-Abschreckungssituation herausgestellt werden, jedoch wurde das globale Anliegen zunehmend durch nationale Profilbildungsbestrebungen überlagert. Mit der 1983 getroffenen Nachrüstungsentscheidung verlor der Mobilisierungskitt der Organisation zusätzlich an Bindekraft, wengleich die IPPNW zwei Jahre später den Friedensnobelpreis erhielt.⁴⁹

In der Debatte über den NATO-Doppelbeschluss waren mehrfach Parallelen vom »nuklearen Holocaust« zum nationalsozialistischen Judenmord gezogen worden. Die Theologin Dorothee Sölle hatte die Pershing-II-Raketen in Mutlangen sogar als »fliegende Verbrennungsöfen« bezeichnet.⁵⁰ Eine sachgerechte und differenzierte Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit schien in den 1980er Jahren angesichts solcher kruden Zitate noch immer auf sich warten zu lassen und gipfelte 1986 im »Historikerstreit« über die Singularität des Holocaust, woran sich die Debatte über das schließlich 2005 eingeweihte Denkmal für die ermordeten Juden Europas anschloss. Gleichzeitig war eine Verknüpfung dieser sensiblen Thematik mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen erkennbar. Der als Skandal empfundene Besuch Helmut Kohls mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan im Jahr 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, wo auch einige Angehörige der Waffen-SS begraben lagen, führte die diffuse Gemengelage eindringlich vor Augen. Bereits im Januar 1984 hatte der Bundeskanzler in der Knesset in Israel von der »Gnade der späten Geburt« gesprochen und damit für erhebliche Irritationen gesorgt. Der missglückte Friedhofsbesuch, zumal mit einem wichtigen Staatsgast, war ebenfalls dazu angetan, die Trennlinie zwischen Tätern und Opfern des »Dritten Reichs« zu verwischen. Er provozierte insbesondere die amerikanischen Juden, die immer wieder intervenierten, wenn es um die Verfolgung von NS-Verbrechern, die sogenannte Wiedergutmachung oder um die Bekämpfung von Antisemitismus ging. Zudem befand sich die Holocaust-Erinnerungskultur in den USA auf dem Höhepunkt ihrer massenmedialen und gesellschaftlich-politischen Präsenz. Dadurch gewann die auch in Deutschland geführte öffentliche Kontroverse um Bitburg zusätzlich an Schärfe. Sie markierte schließlich den Schlusspunkt von Kohls frühen, nicht immer gelungenen geschichtspolitischen Initiativen; die Weizsäcker-Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung der

48 Vgl. den Beitrag von Jan Hansen in diesem Band.

49 Vgl. den Beitrag von Claudia Kemper in diesem Band. Mit Blick auf den gesamten Themenkomplex vgl. *Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke* u. a. (Hrsg.), »Entrüestet Euch!«. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012.

50 Vgl. den Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band.

Deutschen von der NS-Herrschaft stand dazu in einem positiven Kontrast.⁵¹ Um das Ansehen der Bundesrepublik in den USA aufzupolieren, ihre Westorientierung getreu ihrer außenpolitischen Strategie zu untermauern und das deutsch-amerikanische Verständnis der Bevölkerungen untereinander zu verbessern, wurden in den 1980er Jahren zahlreiche transatlantische Austauschprogramme aufgelegt, wechselseitige Dialogforen geschaffen beziehungsweise wiederbelebt und Unterrichtsmaterialien in beiden Staaten überarbeitet. Die Bundesrepublik strebte trotz der Kriegsniederlage ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Verhältnis an, eine gemeinsame Rhetorik des »Westens« erwies sich angesichts der Konfrontation mit der Sowjetunion als nützlich, um davon abweichende Vorstellungen in den USA zu überbrücken.⁵²

Insgesamt zeigt der Blick zurück auf »Schimanskis Jahrzehnt« ein widersprüchliches Bild, zu dem der graue Schleier der Ruhrmetropolen ebenso gehört wie emotional betroffene Friedensdemonstranten, erfolgshungrige Yuppies und atombegleitete Konservative. Der in einem umfassenden Sinne verstandene »Wandel des Politischen« vollzog sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, prägte Protestbewegungen und zeigte sich auf kulturellem Feld. Häufig standen neue Unsicherheiten im Hintergrund, das Schlagwort von der »Risikogesellschaft« machte die Runde. Deutlich erkennbar war eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit, des Gegensatzes zwischen Arm und Reich, und es spricht einiges dafür, eine Geschichte der Privatisierung und des Wandels von Staatlichkeit in diesem Zeitraum zu beginnen. Angesichts der zunehmend strukturell bedingten Arbeitslosigkeit und des demografischen Wandels stieß die Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1980er Jahre an ihre Grenzen. Mit den üblichen Instrumentarien ließen sich die neuen Probleme nur schwerlich bewältigen. Die große rhetorische Offensive der Regierung Kohl, eine dauerhafte und politisch grundsätzliche Lösung der drängenden haushalts- und gesellschaftspolitischen Problemstellungen herbeiführen zu wollen, wurde von der gesellschaftlichen Realität konterkariert⁵³, und nicht zuletzt der Flick-Spendenskandal und die Delegitimierung des Genossenschaftswesens durch die Korruption der gewerkschaftseigenen NEUEN HEIMAT sorgten mit dafür, dass das Vertrauen in die Verlässlichkeit der politischen Kultur der Bundesrepublik einen erheblichen Dämpfer erhielt. Jedenfalls suchen die 1980er Jahre noch ihren Platz in der vielfach so emphatisch beschworenen »Erfolgsgeschichte« Westdeutschlands nach 1945.

Zusammenfassend wird man sagen können: Die gesteigerte Komplexität ökonomischer und technischer Entwicklungen vor dem Hintergrund der Globalisierung erhöhte den politischen Regulierungsbedarf. Gleichzeitig waren die Partizipationsforderungen mit dem Aufkommen der Neuen sozialen Bewegungen lauter geworden. Unterschiedliche Erwartungen und Ansprüche mussten auf demokratischem Wege moderiert werden, zumal an die Stelle von relativ fest gefügten Milieus mehr und mehr fluide Lebensstilgruppen getreten waren. Sowohl die wirtschaftliche Rezession als auch massive Umweltskandale führten zu einem Utopieverlust und veränderten Vorstellungen von »Zukunft«, die von einem Teil der Bevölkerung immer häufiger mit einer drohenden Apokalypse und weniger mit ihrer emanzipatorischen Planbarkeit wie noch in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren verbunden wurde. Immer dramatischer rückten die ökologischen Fortschrittskosten in das Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung. Es lässt sich darüber streiten, ob diese vehementen Diskussionen, auch die Konflikte um die atomare Nachrüstung im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses, letztlich Teil einer inneren Konsenssuche der reifer gewordenen »alten« Bundesrepublik oder das Anzeichen für wachsende gesellschaftliche Konfliktlinien waren. In jedem Fall brachten die Neuen sozialen Bewe-

51 Vgl. den Beitrag von Jacob S. Eder in diesem Band; *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 473ff.

52 Vgl. den Beitrag von Reinhild Kreis in diesem Band.

53 Vgl. den Beitrag von Andreas Wirsching in diesem Band.

gungen eine Vielzahl kreativer Aktions- und Kommunikationsformen hervor, deren Zeichensprache für die etablierten Parteien bisweilen nur schwer verständlich war und als Provokation galt, jedoch auch – neben einer Politik der Abgrenzung – einen erstaunlichen Lern- und Anpassungsprozess auslöste. Es spricht einiges dafür, dass die Integrationskraft des politischen Systems deutlich stärker war, als es sich mancher Beteiligte hatte träumen lassen – und dass es diese Erfahrungen waren, die die Grundlagen der westdeutschen Demokratie gefestigt haben, noch ehe der Fall der Mauer 1989/90 die politische, ökonomische und kulturelle Situation massiv veränderte und herkömmliche Politikmuster erneut infrage stellte.